



VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. Februar 2019

Laurent Bernhard und Lukas Lauener

unter Mitarbeit von Anke Tresch, Laura Scaperrotta, Georg Lutz und Thomas Milic

Lausanne, Aarau, Luzern; März 2019

FORS 
explore.understand.share.

zda | Zentrum für
Demokratie
Aarau

LINK
INSTITUT

Die VOTO-Studien untersuchen das Stimmverhalten bei eidgenössischen Abstimmungen. VOTO wird von der Schweizerischen Bundeskanzlei finanziert. Die Erhebung und Analysen sind ein Gemeinschaftsprojekt des Forschungszentrums FORS in Lausanne, des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA) und des LINK Instituts in Luzern. Zentral für eine wissenschaftliche Befragung ist die vollständige Transparenz. Deshalb sind die Berichte auf Deutsch, Französisch und Italienisch auf der VOTO-Webseite verfügbar: www.voto.swiss. Die Fragebogen und Rohdaten sind für wissenschaftliche Zwecke frei zugänglich durch das FORS Datenarchiv forsbase.unil.ch.

VOTO Projektverantwortung

Prof. Dr. Georg Lutz, Direktor FORS (georg.lutz@fors.unil.ch)

Prof. Dr. Daniel Kübler, Direktionsmitglied ZDA (daniel.kuebler@zda.uzh.ch)

Prof. Dr. Anke Tresch, FORS (ankedaniela.tresch@fors.unil.ch)

Dr. Thomas Milic, ZDA (thomas.milic@zda.uzh.ch)

Dr. Laurent Bernhard, FORS (laurent.bernhard@fors.unil.ch)

Laura Scaperrotta, FORS (laura.scaperrotta@fors.unil.ch)

Lukas Lauener, FORS (lukas.lauener@fors.unil.ch)

Urs Aellig, LINK (urs.aellig@link.ch)

Matthias Winzer, LINK (matthias.winzer@link.ch)

Elena Nitsche, LINK (elena.nitsche@link.ch)

Autoren dieser Studie

Laurent Bernhard und Lukas Lauener, FORS

unter Mitarbeit von Anke Tresch, Laura Scaperrotta, Georg Lutz, FORS und Thomas Milic, ZDA

Kontakt

VOTO, c/o FORS, Géopolis, 1015 Lausanne

Tel. 021 692 37 30

www.voto.swiss

info@voto.swiss

Übersetzung

Dominique Balmer (F), Francesco Papini (I)

Zitierweise dieses Berichtes

Laurent Bernhard und Lukas Lauener (2019). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. Februar 2019*. FORS, ZDA, LINK: Lausanne/Aarau/Luzern.

Inhaltsverzeichnis

1. Die wichtigsten Ergebnisse	4
2. Die Beteiligung	6
3. Die Meinungsbildung.....	10
<i>Die Bedeutung der Vorlage</i>	10
<i>Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt</i>	10
<i>Die Informiertheit.....</i>	11
<i>Die Informationsgewinnung.....</i>	12
4. Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)».....	14
<i>Die Ausgangslage.....</i>	14
<i>Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen.....</i>	14
<i>Die Motive.....</i>	18
<i>Die Resonanz der Abstimmungsargumente.....</i>	21
Anhang.....	25
<i>Die Datenerhebung</i>	25
<i>Zur Struktur der Stichprobe</i>	26
<i>Zur Gewichtung</i>	26
<i>Zur Inferenz</i>	26
<i>Tabellen.....</i>	27

1. Die wichtigsten Ergebnisse

Zersiedelungsinitiative: Nein trotz deutlicher Unterstützung der Kernanliegen

Die Zersiedelungsinitiative wurde abgelehnt, obwohl eine deutliche Mehrheit der Stimmenden die Kernanliegen der Vorlage unterstützte. Das Begehr der Jungen Grünen scheiterte, weil die aktuelle Gesetzgebung zur Bekämpfung der Zersiedelung als ausreichend angesehen wurde. Dies zeigt die Analyse der Befragung von 1'517 Stimmberechtigten im Rahmen der VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. Februar 2019. Die Studie wurde von FORS, dem ZDA und dem Befragungsinstitut LINK durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Obwohl die Zersiedelungsinitiative an der Urne deutlich verworfen wurde, stiessen die Kernanliegen der Vorlage bei den Stimmenden auf überaus grossen Zuspruch. So unterstützten insgesamt mehr als 80 Prozent der Befragten die Forderung, dass die Schweizer Landschaft und das Kulturland besser geschützt werden sollen. Dieses Argument fand sogar unter jenen Stimmenden eine Dreiviertelmehrheit, die am 10. Februar ein Nein zur Zersiedelungsinitiative einlegten.

Die Vorlage scheiterte jedoch, weil die Meinung überwog, dass die aktuelle Gesetzgebung zur Bekämpfung der Zersiedlung genüge. Nein-Stimmende wiesen in erster Linie auf das kürzlich revidierte Raumplanungsgesetz hin. Demgegenüber dominierten auf der befürwortenden Seite Motive im Zusammenhang mit dem Umwelt- und Heimatschutz. Die Ja-Stimmenden begründeten ihren Entscheid hauptsächlich mit der Forderung, dass eine weitere Überbauung der Schweiz zu stoppen sei.

Deutliche Differenzen beim Stimmenscheid ergaben sich in Bezug auf die Parteisympathien. Wichtig angenommen wurde die Zersiedelungsinitiative von der Anhängerschaft der Grünen (91%). Im Gegensatz dazu sprach sich das bürgerliche Lager klar gegen die Vorlage aus. Die Sympathisierenden der SVP, CVP und FDP lehnten die Zersiedelungsinitiative mit Nein-Stimmenanteilen von 78 bis 84 Prozent ab. Gespalten waren ihrerseits die Anhängerschaften der SP und der GLP (Ja-Anteile von jeweils 53%).

Bei der Stimmabstimmung traten geschlechterspezifische Unterschiede zutage. Die Frauen nahmen an der Abstimmung weniger häufig teil als die Männer (34 vs. 43%). Jene Frauen, die sich an die Urnen begaben, stimmten der Zersiedelungsinitiative jedoch eher zu (41%) als die Männer (32%). Darüber hinaus vermochten die Grünen ihre Basis nicht in Scharen für die Volksinitiative ihrer Jungpartei zu mobilisieren. Die Stimmabstimmung unter den Sympathisierenden der Grünen fiel nur durchschnittlich aus.

Die Abstimmungsvorlage

An der Abstimmung vom 10. Februar 2019 hatte das Schweizer Stimmvolk über eine einzige Vorlage zu befinden: die von der Jungen Grünen Schweiz lancierte und im Oktober 2016 eingereichte Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)». Diese Initiative wurde mit einem Nein-Stimmenanteil von 63.7% verworfen.

Die VOTO-Studie

Die VOTO-Studien sind ein gemeinsames Projekt von FORS, dem ZDA und dem Befragungsinstitut LINK. Finanziert wird VOTO von der Schweizerischen Bundeskanzlei. VOTO wird seit Herbst 2016 anstelle der VOX-Analysen vom Bund in Auftrag gegeben.

Für diese Studie wurden zwischen dem 12.2. und dem 26.2.2019 1'517 Stimmberechtigte per Telefoninterview befragt. 790 Interviews wurden in der Deutschschweiz, 401 in der Romandie und 326 in der italienischsprachigen Schweiz geführt. Alle Befragten wurden zufällig aus dem Stichprobregister des Bundesamtes für Statistik ausgewählt. Die Befragung dauerte im Durchschnitt 20.7 Minuten.

Die Frageformulierungen, die Erhebungen sowie die Datenanalyse liegen in der alleinigen Verantwortung von VOTO und sie folgen ausschliesslich wissenschaftlichen Kriterien. Befragungen unterliegen einem Stichprobefehler. Dieser variiert in Abhängigkeit von der Anzahl und Verteilung der Befragten.

2. Die Beteiligung

Am 10. Februar 2019 hatte die Schweizer Stimmbevölkerung auf eidgenössischer Ebene über eine Abstimmungsvorlage zu befinden. Es handelte sich dabei um die Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung» (nachfolgend Zersiedelungsinitiative), die von den Jungen Grünen lanciert wurde. Die Stimmabstimmung erreichte gemäss dem Bundesamt für Statistik 37.9 Prozent.¹ Somit wurde eine unterdurchschnittliche Partizipation registriert.²

Die Tabelle 2-1 stellt die Höhe der Stimmabstimmung nach einer Reihe von ausgewählten soziodemografischen Merkmalen dar. Neben den üblichen Einflussfaktoren (zunehmendes Alter, Bildungsniveau und Einkommen) war dieses Mal auch das Geschlecht von Bedeutung. In der Tat nahmen die Männer häufiger (43%) an der Abstimmung über die Zersiedelungsinitiative teil als die Frauen (34%).³

Tabelle 2-1: Beteiligung nach soziodemografischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmabstimmung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	38	1517	
Geschlecht			V = 0.09**
Männer	43	739	+/-3.6
Frauen	34	778	+/-3.3
Alter			V = 0.22***
18-29 Jahre	25	184	+/-6.3
30-39 Jahre	27	119	+/-8.0
40-49 Jahre	27	226	+/-5.8
50-59 Jahre	45	292	+/-5.7
60-69 Jahre	45	303	+/-5.6
70 Jahre und älter	51	393	+/-4.9
Äquivalenzeinkommen			V = 0.17***
1. Quartil (bis 3'250 CHF)	28	362	+/-4.7
2. Quartil (3'251-4'750 CHF)	37	331	+/-5.2
3. Quartil (4'751-6'720 CHF)	44	302	+/-5.6
4. Quartil (>6'721 CHF)	51	308	+/-5.6

¹ Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/abstimmungen/jahr-2019.html>.

² Von 2010 bis 2018 weist das Bundesamt für Statistik eine durchschnittliche Stimmabstimmung von 45.9 Prozent aus.

³ Wie aus der Tabelle 0-2 im Anhang hervorgeht, spielte auch der Erwerbsstatus eine Rolle. Hier zeigt sich insbesondere, dass die sich im Ruhestand befindenden Personen eine weit überdurchschnittliche Beteiligungsquote (49%) aufwiesen.

Bildungsgrad (Schulabschluss)				V = 0.20***
Ohne nachobligatorische Bildung	25	181		+/-6.3
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	31	626		+/-3.6
Maturität/höhere Berufsbildung	45	319		+/-5.5
Fachhochschule/Uni/ETH	52	388		+/-5.0

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe, für die das Konfidenzintervall (Konfidenzniveau = 95%) auch ermittelt wurde. Um die Signifikanz eines Zusammenhangs zwischen zwei (zumeist) kategorialen Variablen zu überprüfen, wurde jeweils Pearsons Chi-Quadrat-Test verwendet. *** steht dabei für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Promille ($Pr < .001$), ** für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Prozent ($Pr < .01$) und * für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als fünf Prozent ($Pr < .05$). Um die Stärke des bivariaten Zusammenhangs auszuweisen, wurde das Chi-Quadrat-basierte Assoziationsmaß Cramérs V ausgewiesen (auf der Basis der gewichteten Werte). Cramérs V hat einen Wertebereich zwischen 0 (kein Zusammenhang) und 1 (perfekter Zusammenhang).

Von Bedeutung waren auch politische Einflussfaktoren. Wie aus der Tabelle 2-2 hervorgeht, hing die Stimmbeteiligung stark vom politischen Interesse ab. Lediglich acht Prozent jener Befragten, die sich überhaupt nicht für Politik interessieren, nahmen an der Abstimmung teil. Unter den politisch hoch Interessierten betrug dieser Anteil demgegenüber 63 Prozent. Als aufschlussreich erweisen sich zudem die Beteiligungsquoten nach individueller Links-Rechts-Selbsteinstufung. Am stärksten war die Mobilisierung an den Extremen. Linksaußen erreichte die Stimmbeteiligung 46 Prozent und rechtsaußen gar 49 Prozent. Im Gegensatz dazu beteiligte sich nur jede dritte befragte Person, die sich in der Mitte des politischen Spektrums verortet (33%).

In Bezug auf die Parteisympathien sticht ins Auge, dass die Anhängerschaft der Grünen keineswegs in Scharen an die Urnen strömte. Lediglich zwei von fünf Sympathisantinnen und Sympathisanten nahmen an der Abstimmung teil (42%). Es kann somit von keiner überdurchschnittlichen Mobilisierung der eigenen Basis die Rede sein. Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als es sich bei der Zersiedelungsinitiative um eine ökologische Vorlage handelte. Darüber hinaus traten im Rahmen der öffentlichen Debatte die Exponentinnen und Exponenten der Grünen und der Jungpartei häufig in Erscheinung.⁴ Während es der SP, der CVP und der SVP ebenso wenig gelang, ihre jeweiligen Gefolgschaften in erhöhtem Ausmass zu mobilisieren, beteiligte sich immerhin rund die Hälfte der Anhängerschaften der GLP (53%) und der FDP (51%). Eine weit unterdurchschnittliche Partizipation zeigt sich hingegen bei jenen Personen, die sich mit keiner Partei identifizieren (28%).

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass auch das Vertrauen in den Bundesrat einen Einfluss auf die Partizipation ausübt. Jene Bürgerinnen und Bürger, die ein hohes Vertrauen in die Landesregierung haben, beteiligten sich doppelt so häufig als jene, die ihr nur ein geringes bis sehr geringes Vertrauen entgegenbringen (44% vs. 22%).

Tabelle 2-2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	38	1517	
Politisches Interesse			V = 0.36***
sehr interessiert	63	304	+/-5.4
eher interessiert	45	745	+/-3.6
eher nicht interessiert	21	322	+/-4.4
überhaupt nicht interessiert	8	136	+/-4.5

⁴ Vgl. dazu den Abstimmungsmonitor des Forschungsinstituts Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich (Quelle: https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:2afb6979-36c9-465d-ad55-89710fe97657/Abstimmungsmonitor_Februar_2019.pdf).

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)				V = 0.12**
Linksaussen (0-2)	46	94		+/-10.1
Links (3,4)	42	270		+/-5.9
Mitte (5)	33	559		+/-3.9
Rechts (6,7)	44	323		+/-5.4
Rechtsaussen (8-10)	49	155		+/-7.9
Parteisympathie				V = 0.16***
FDP	51	256		+/-6.1
CVP	38	140		+/-8.1
SP	41	256		+/-6.0
SVP	39	231		+/-6.3
GLP	53	47		+/-14.4
Grüne	42	109		+/-9.3
andere Partei	42	85		+/-10.5
keine	28	349		+/-4.7
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)				V = 0.14***
sehr gering bis gering (0-4)	22	128		+/-7.2
mittel (5)	34	159		+/-7.4
hoch (6,7)	38	493		+/-4.3
sehr hoch (8-10)	44	717		+/-3.6

Die VOTO-Studien erheben auch die Gründe für das Fernbleiben von der Urne. Im Rahmen der Nachbefragungen werden den Nicht-Teilnehmenden acht Aussagen vorgelesen, die sie jeweils als zutreffend oder nicht zutreffend bezeichnen können. Die Tabelle 2-3 liefert einen Überblick über die Gründe der Stimmabstinentenz am Urnengang vom 10. Februar 2019. Als häufigste Rechtfertigung für das Fernbleiben von der Urne wurde das «Vergessen» angegeben. Mit 44 Prozent handelt es sich um den höchsten Anteil, der seit Einführung dieser Antwortkategorie im Rahmen der VOTO-Studie vom 12. Februar 2017 erhoben wurde. Die geringe Intensität der öffentlichen Debatte im Vorfeld dieses eidgenössischen Urnenganges⁵ mag dazu beigetragen haben, dass mehr Stimmberechtigte als gewöhnlich den Abstimmungstermin verpassten. Rund ein Drittel der Abstinenten war verhindert (34%) oder aber am Abstimmungsthema nicht interessiert (32%). Wie üblich spielten dagegen die restlichen fünf zur Auswahl stehenden Gründe eine untergeordnete Rolle.

⁵ Vgl. dazu den Abstimmungsmonitor des Forschungsinstituts Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich (Quelle: https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:2afb6979-36c9-465d-ad55-89710fe97657/Abstimmungsmonitor_Februar_2019.pdf).

Tabelle 2-3: Gründe für die Nicht-Teilnahme am Urnengang (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)
Vergessen abzustimmen	44
Verhinderung (Ferien, Krankheit, etc.)	34
Desinteresse am Abstimmungsthema	32
Es kommt auf meine einzelne Stimme nicht an	25
Das Abstimmungsergebnis war ohnehin klar	22
Entscheidungsunsicherheit	21
Abstimmungsthema war zu kompliziert	21
Abstimmungen ändern ohnehin nichts	17

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 625. Die Anteile wurden am Total aller materiell Antwortenden errechnet (exkl. weiss nicht/k.A.). Mehrfachnennungen waren möglich.

3. Die Meinungsbildung

Die Bedeutung der Vorlage

Die befragten Personen wurden gebeten, die Bedeutung anzugeben, die sie der Zersiedelungsinitiative beimassen. Dabei gelangte eine Skala von 0 («überhaupt nicht wichtig») bis 10 («sehr wichtig») zur Anwendung. Wie aus der Tabelle 3-1 hervorgeht, ergibt sich unter jenen Stimmberchtigten, die an der Urne einen Entscheid zur Volksinitiative fällten (d.h. entweder Ja oder Nein einlegten), ein arithmetischer Mittelwert von 6.2. Somit wurde der Zersiedelungsinitiative eine leicht unterdurchschnittliche Bedeutung zugemessen, wenn man jene 21 Vorlagen berücksichtigt, die im Rahmen der bisherigen VOTO-Studien untersucht wurden (arithmetischer Mittelwert=6.6). Die interessierende Vorlage bewegte sich jedoch auf einem ähnlichen Niveau wie die Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» (6.1) vom 25. September 2016. Letztere lässt sich aufgrund der inhaltlichen Stossrichtung am ehesten mit der Zersiedelungsinitiative vergleichen.

Tabelle 3-1: Persönliche Bedeutung der Vorlage (Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der materiell Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Zersiedelungsinitiative	VOTO-Durchschnitt (seit 25.9.2016)
sehr gering (0,1)	5	4
gering (2-4)	16	15
mittel (5)	18	13
hoch (6-8)	47	44
sehr hoch (9,10)	14	23
Total	100	100
Arithmetischer Mittelwert (n)	6.2 (890)	6.6

Bemerkungen: Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Gemäss weiterführenden Analysen wurde der Zersiedelungsinitiative in der Tendenz eine höhere Bedeutung zugemessen, je weiter links sich die materiell Stimmenden positionieren. Auch mit steigendem Alter und politischem Interesse nahm die persönliche Bedeutungszumessung zu. Dasselbe lässt sich schliesslich bei Personen feststellen, die den Umweltschutz gegenüber dem wirtschaftlichen Wohlstand höher gewichteten.

Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Die Partizipierenden wurden des Weiteren gefragt, ob ihnen die Meinungsbildung eher leicht oder eher schwer fiel. In der Tabelle 3-2 findet sich eine Übersicht über die Antworten zur Verständnisschwierigkeitsfrage. Es zeigt sich, dass es drei von vier Stimmenden eher leicht fiel, sich eine Meinung zu bilden (75%). Diese Kennzahl übersteigt den Durchschnittswert, der bislang in den VOTO-Studien registriert wurde (69%). Es lässt sich also festhalten, dass die Zersiedelungsinitiative den Partizipierenden im Allgemeinen eher wenig Mühe bereitete. Im Detail stellt sich heraus, dass es mit zunehmendem politischem Interesse den Stimmenden leichter fiel, sich eine Meinung zu bilden. Zudem gaben Männer (79%) häufiger als Frauen (70%) an, dass es ihnen eher leicht gefallen sei zu verstehen, worum es bei der Zersiedelungsinitiative ging.

Tabelle 3-2: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Zersiedelungsinitiative	VOTO-Durchschnitt (seit 25.9.2016)
eher leicht	75	69
eher schwer	24	30
keine Angabe, weiss nicht	1	1
Total (n)	100 (892)	100

Bemerkungen: Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

In Bezug auf den Entscheidungszeitpunkt (vgl. Tabelle 3-3) ist hervorzuheben, dass sich 42 Prozent der Stimmenden während des Abstimmungskampfes festlegten. Dieser Anteil liegt klar über dem Durchschnitt der bisherigen VOTO-Studien (34%). Umgekehrt erwies sich im vorliegenden Fall der Anteil jener, deren Entscheid von Anfang feststand, als deutlich geringer als üblich (39% vs. 48%). 18 Prozent der Stimmenden entschieden sich derweil im letzten Moment. Dies entspricht exakt dem Durchschnittswert, der sich aus jenen 21 Vorlagen ermitteln lässt, die bisher im Rahmen der VOTO-Studien untersucht wurden.

Tabelle 3-3: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Zersiedelungsinitiative	VOTO-Durchschnitt (seit 25.9.2016)
von Anfang an klar	39	48
während dem Abstimmungskampf	42	34
im letzten Moment	18	18
Total (n)	100 (892)	100

Gewichtete Resultate. Weiss nicht-Antworten (max. 1%) wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Die Informiertheit

Um den Grad an vorlagenspezifischer Informiertheit zu messen, wurde im Rahmen der VOTO-Analysen ein Index entwickelt, der die Kenntnisse der Stimmenden erfasst. Dieser Index der vorlagenspezifischen Informiertheit setzt sich aus der Frage nach den Abstimmungsthemen und der Motivfrage zusammen und wird wie folgt konstruiert: Wer das Abstimmungsthema zu nennen vermag, erhält einen Punkt. Wer bei der Frage nach dem Motiv keine substanzielle Angabe macht (weiss nicht, keine Antwort und „nicht verstanden/zu kompliziert“) erhält 0 Punkte. Wer ein allgemeines, nicht-inhaltsbezogenes Motiv oder Empfehlungen angibt, erhält 1 Punkt. Wer ein inhaltliches Motiv angibt – unabhängig von der Differenziertheit der Ausführungen – erhält 2 Punkte. Insgesamt sind somit maximal 3 Punkte möglich.

Wie der Tabelle 3-4 entnommen werden kann, wurde im Fall der Zersiedelungsinitiative ein durchschnittliches Informiertheitsniveau von 2.5 Punkten erreicht. Es handelt sich um einen Wert, der sich im Bereich der bisherigen 21 VOTO-Vorlagen bewegt (2.4 Punkte). Der Informiertheitsgrad hing wie üblich positiv vom politischen Interesse sowie vom Einkommens- und Bildungsniveau der befragten Personen ab. Bei der Zersiedelungsinitiative spielte auch die politische Färbung eine Rolle. Unter den Parteianhängerschaften wiesen jene der Grünen und der GLP die höchsten Informiertheitsindizes auf (jeweils 2.7). Schliesslich traten sprachregionale Unterschiede zutage. Im Durchschnitt waren die Partizipierenden aus der Romandie (2.7) deutlich besser über die Zersiedelungsinitiative informiert als jene der italienischsprachigen Schweiz (2.3). Die Stimmenden aus der Deutschschweiz (2.5) lagen dazwischen.

Tabelle 3-4: Informiertheit (Anteile in % der Stimmenden)

Informiertheitsniveau	Zersiedelungsinitiative	VOTO-Durchschnitt (seit 25.9.2016)
0 Punkte: uninformiert	2	4
1 Punkt	9	10
2 Punkte	26	30
3 Punkte: informiert	63	56
Total	100	100
Arithmetischer Mittelwert (n)	2.5 (892)	2.4

Bemerkungen: Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Die Informationsgewinnung

Die Tabelle 3-5 liefert Aufschluss über die Nutzung und die Nutzungsintensität von Informationsquellen. Dabei beschränken sich die Angaben auf jene Befragten, die am Urnengang teilgenommen haben. Von herausragender Bedeutung erwiesen sich zum wiederholten Male die Lektüre von Zeitungsartikeln und des Bundesbüchleins («Erläuterungen des Bundesrates»). Knapp neun von zehn Stimmenden gaben an, diese beiden Informationsquellen verwendet zu haben. Auch in Bezug auf die Nutzungsintensität verzeichneten sie die höchsten Durchschnittswerte.

Von Bedeutung waren darüber hinaus Fernseh- und Radiosendungen zu den Abstimmungen, Leserbriefe und Leserkommentare, Inserate, Strassenplakate, Abstimmungszeitungen und Flyers, Meinungs-Umfragen sowie Newsseiten im Internet. Diese Informationsquellen wurden immerhin von mehr als der Hälfte der Befragten genutzt. Wie üblich spielten jedoch Mitteilungen am Arbeitsplatz, Filme im Internet und die neuen sozialen Medien eine untergeordnete Rolle. Der Nutzungsanteil von letzteren erreichte mit 22 Prozent gar eine neue Tiefmarke seit Beginn der VOTO-Studien im September 2016. Somit fristen Plattformen wie Facebook und Twitter in Bezug auf die Meinungsbildung bei eidgenössischen Volksabstimmungen nach wie vor ein Schattendasein.

Tabelle 3-5: Mediennutzung (in % der Stimmenden, n = 872-892)

Informationsquelle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität
Artikel in Zeitungen	89	6.2
Bundesbüchlein	87	7.0
Abstimmungssendungen am Fernsehen	78	5.8
Abstimmungssendungen am Radio	69	4.9
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	60	4.5
Inserate in Zeitungen	60	4.0
Strassenplakate	59	3.4
Meinungsumfragen	59	4.1
Abstimmungszeitungen oder Flyers	58	4.5
News-Seiten im Internet	55	4.8
Mitteilungen am Arbeitsplatz	32	4.3
Filme und Videoclips im Internet	25	3.4
Soziale Medien wie Facebook oder Twitter	22	4.1

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweilige Informationsquelle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt.

4. Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»

Die Ausgangslage

Die Zersiedelungsinitiative wurde im Oktober 2016 von den Jungen Grünen und weiteren Organisationen mit 113'216 gültigen Unterschriften eingereicht. Das Hauptanliegen bestand darin, eine weitere Ausdehnung der Bauzonen zu stoppen und bestehende Grünflächen vor Überbauung zu schützen. Die Initiative verlangte, die Gesamtfläche aller Bauzonen auf den aktuellen Stand einzufrieren. Konkret bedeutete dies, dass neue Bauzonen nur noch dann geschaffen werden dürfen, wenn anderswo eine mindestens ebenso grosse Fläche von vergleichbarem landwirtschaftlichem Ertragswert aus der Bauzone ausgeschieden worden wäre. Ausserhalb von Bauzonen hätten gemäss Initiativtext nur noch Gebäude für die bodenabhängige Landwirtschaft (z.B. Bauten für die Verarbeitung von Freilandgemüse) oder Bauten von öffentlichem Interesse (z.B. Wasserreservoirs) bewilligt werden dürfen. Überdies wollten die Initiantinnen und Initianten in der Verfassung festschreiben, dass Bund, Kantone und Gemeinden eine Siedlungsentwicklung nach innen anstreben und nachhaltige Formen des Wohnens und Arbeitens in kleinräumigen Strukturen fördern sollten.

Der Bundesrat und das Parlament lehnten die Volksinitiative ab. Im Nationalrat sprachen sich 143 Abgeordnete gegen die Zersiedelungsinitiative aus, während 37 Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Anliegen unterstützten (bei 18 Enthaltungen). Im Ständerat wurde die Initiative mit 34 zu drei Stimmen (bei sieben Enthaltungen) ebenfalls deutlich abgelehnt. Im Abstimmungskampf bildeten die SP, Grünen und EVP zusammen mit verschiedenen Umweltschutzorganisationen (darunter z.B. VCS, Pro Natura, Pro Velo, Greenpeace und Bio Suisse) das Ja-Lager.⁶ Die bürgerlichen Parteien (CVP, FDP, SVP, Grünliberale, BDP und EDU) beschlossen die Nein-Parole.⁷ Ebenfalls gegen die Initiative sprachen sich die grossen Wirtschaftsverbände (Economiesuisse und SGV) sowie der Bauernverband aus.

Die Vorlage wurde schliesslich am 10. Februar 2019 mit einem Nein-Anteil von 63.7 Prozent deutlich verworfen.

Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Der Stimmentscheid zur Zersiedelungsinitiative hing kaum von soziodemographischen Merkmalen ab. Weder das Alter, die Bildung, das Einkommen noch der Erwerbsstatus der befragten Abstimmungsteilnehmenden beeinflusste deren Votum. In der jüngsten Vergangenheit spielte das Alter allerdings stets eine wichtige Rolle bei umweltpolitischen Vorlagen (z.B. Fair-Food-Initiative, Energiegesetz, Atomausstiegsinitiative, «Grüne Wirtschaft»), die von jüngeren Stimmenden deutlich stärker befürwortet wurden als von älteren. Der fehlende Altersgraben bei der Zersiedelungsinitiative ist umso erstaunlicher, als die derzeit medial viel beachteten und diskutierten Klimastreiks aus einer eigentlichen Jugendbewegung hervorgegangen sind, die sich für griffigere Massnahmen im Umweltschutz einsetzt.⁸

⁶ Vereinzelte Kantonalsektionen der SP (OW, TG, VD) und der EVP (TG) beschlossen allerdings Stimmfreigabe. Die Aargauer EVP-Sektion empfahl die Zersiedelungsinitiative gar zur Ablehnung.

⁷ Abweichende Kantonalsektionen gab es im Nein-Lager bei den Grünliberalen: Während sich die GLP-Sektionen Luzern, Basel-Stadt, Aargau und Thurgau für eine Stimmfreigabe entschieden, unterstützten die Schwyzer Grünliberalen das Volksbegehren.

⁸ Die jüngeren Stimmberchtigten wurden überdies nicht überdurchschnittlich stark für die Teilnahme am Urnengang vom 10. Februar 2019 mobilisiert: Die Stimmteilnahme der 18-bis 29-jährigen Bürgerinnen und Bürger betrug lediglich 25 Prozent und lag damit im Durchschnitt aller bisherigen VOTO-Studien (vgl. «[Die Beteiligung](#)»).

Als eines der wenigen soziodemographischen Merkmale mit einem Einfluss auf das Stimmverhalten stellte sich in der vorliegenden Studie das Geschlecht heraus: Frauen unterstützten die Zersiedelungsinitiative öfter als Männer (41 vs. 32% Ja-Anteil). Aus der Abstimmungsforschung ist bekannt, dass Frauen Staatseingriffe und umweltpolitische Anliegen eher befürworten als Männer. Die Zersiedelungsinitiative beinhaltete beide Aspekte. Ein ähnlicher geschlechterspezifischer Unterschied konnte beispielsweise auch bei der Atomausstiegsinitiative (November 2016), beim Energiegesetz (Mai 2017) und beim Velobeschluss (September 2018) festgestellt werden.

Von allen Berufsgruppen wären im Baugewerbe tätige Personen am ehesten negativ von einer Annahme der Zersiedelungsinitiative betroffen gewesen. Eine Analyse der Berufssparten zeigt denn auch, dass Stimmende aus dem Baugewerbe die Vorlage deutlich stärker ablehnten (81%) als solche aus anderen Berufsgruppen (62%).⁹

Tabelle 4-1: Stimmverhalten nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	36	841	
Alter			V = n.s.
18-29 Jahre	36	74	+/-11.0
30-39 Jahre	37	51	+/-13.3
40-49 Jahre	39	103	+/-9.5
50-59 Jahre	37	176	+/-7.1
60-69 Jahre	35	184	+/-6.9
70 Jahre und älter	36	253	+/-5.9
Geschlecht			V = 0.09*
Männer	32	453	+/-4.3
Frauen	41	388	+/-4.9
Berufssparte			V = 0.10*
Baugewerbe	19	56	+/-10.3
Andere Berufe	38	785	+/-3.4

Wie gewohnt prägten politische Einstellungen den Stimmentscheid stärker als soziodemographische Merkmale (Tabelle 4-2). Von herausragender Bedeutung war die Parteisympathie der Abstimmungsteilnehmenden. Die Anhängerschaft der Grünen stand praktisch geschlossen hinter der Zersiedelungsinitiative. 91 Prozent unterstützten das Anliegen der Jungpartei. Die Sympathisierenden der SP und der Grünliberalen waren tief gespalten. Ungefähr die Hälfte der SP-Sympathisierenden setzte folglich die Ja-Parole der Parteispitze nicht um, während sich andererseits unter den GLP-Sympathisierenden ca. die Hälfte nicht an die Empfehlung ihrer Partei hielt. Deutlich gegen die Initiative votierten die Anhängerschaften der SVP, CVP und FDP (Nein-Stimmenanteile von wuchtigen 78% bis 84%). Diesen Parteien gelang es also ebenso wie den Grünen, ihre Basis von ihrer Stimmempfehlung zu überzeugen. Auch die Sympathisierenden anderer Parteien sowie Personen ohne Parteibindung verwarfen das Begehr mit 62 bzw. 66 Prozent Nein-Stimmenanteilen mehrheitlich.

⁹ Die hierzu analysierte Frage erfasst den *aktuellen* Beruf bei erwerbstätigen bzw. den *zuletzt ausgeübten* Beruf bei nicht mehr erwerbstätigen Stimmenden. Es muss allerdings hervorgehoben werden, dass die Anzahl in der Baubranche tätiger Stimmenden in unserer Stichprobe mit 56 gering ist, was zu einem Stichprobenfehler von +/-10.3 Prozentpunkten führt.

Die ideologische Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse färbte ebenfalls stark auf den Stimmentscheid ab. Personen, die sich links der politischen Mitte einstufen, nahmen die Vorlage überwiegend an, während diejenigen rechts davon sie mehrheitlich verwarfen. Die grösste Zustimmung erhielt die Volksinitiative bei Personen, die sich linksaussen verorten (76% Ja-Stimmenanteil). Die grösste Ablehnung erfuhr sie aber nicht im Lager der rechtsaussen stehenden Stimmenden, sondern unter denjenigen, die sich als moderat rechts einstufen (82% Nein-Anteil). Rechtsaussen war der Nein-Anteil mit 69 Prozent etwas geringer. Dies dürfte mit den stärker ausgeprägten heimat- und landschaftsschützerischen Einstellungen von rechtsaussen stehenden Personen zusammenhängen.¹⁰

Politische Wertehaltungen waren in der Tat bedeutsame Determinanten des Stimmentscheids. Jene Stimmende, die den Umweltschutz im Vergleich zum wirtschaftlichen Wohlstand als wichtiger erachteten, sprachen sich in der Mehrheit (54%) für die Zersiedelungsinitiative aus. Im Umkehrschluss lehnte fast die Hälfte (46%) derjenigen, die dem Umweltschutz höhere Priorität zuschreiben als dem wirtschaftlichen Wohlstand, die Vorlage ab. Offenbar gelang es den Initiantinnen und Initianten zu wenig den umweltfreundlich eingestellten Stimmberichtigen überzeugend darzulegen, dass die Zersiedelungsinitiative letztlich eine Umweltschutz-Vorlage sei. Oder letztere waren oftmals der Ansicht, dass die bestehende Gesetzgebung für einen guten Umweltschutz bereits ausreichend sei.¹¹ Jene Stimmende, denen der wirtschaftliche Wohlstand wichtiger ist, lehnten die Volksinitiative mehrheitlich ab (77% Nein-Stimmenanteil). Das gleiche Zustimmungs- bzw. Ablehnungsmuster ergibt sich bei der politischen Wertehaltung «Staatseingriffe vs. Wettbewerb». 54 Prozent derjenigen Abstimmungsteilnehmenden, welche mehr Staatseingriffe statt mehr Wettbewerb fordern, stimmten der Initiative zu, während 77 Prozent derjenigen mit umgekehrter Präferenzordnung sie ablehnten.

Das Vertrauen in politische Akteure spielt oftmals eine wichtige Rolle für den Stimmentscheid. Normalerweise wirkt sich das Bundesratsvertrauen insofern auf den Entscheid bei Volksinitiativen aus, als diese mit steigendem Vertrauen in die Landesregierung deren Empfehlung entsprechend stärker abgelehnt werden. Die vorliegende VOTO-Studie kommt zum Schluss, dass dies für die Abstimmung vom 10. Februar zwar in der Tendenz der Fall war, der Zusammenhang sich aber nach wissenschaftlichen Kriterien diesmal als statistisch nicht signifikant erwies (s. Tabelle 0-3 im Anhang). Dagegen beeinflusste das Vertrauen in die Umweltverbände und in die Schweizer Wirtschaft das Votum zur Zersiedelungsinitiative. Je mehr Vertrauen die Stimmenden in die Umweltverbände haben, desto stärker befürworteten sie die Vorlage. Personen mit sehr hohem Vertrauen nahmen sie gar mehrheitlich an (53%). Auf der anderen Seite trat ein negativer Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft und dem Ja-Stimmenanteil zutage: Letzterer sinkt von 59 Prozent bei Personen mit sehr geringem bis geringem Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft auf 26 Prozent bei solchen mit grossem Vertrauen.

¹⁰ Dies zeigt sich bspw. bei der Analyse die abgefragten Argumente zur Initiative (vgl. [«Die Resonanz der Abstimmungsargumente»](#)). Die Stimmenden wurden u.a. gebeten, ihre Zustimmung zu folgendem Pro-Argument anzugeben: «Die schöne Schweizer Landschaft und das Kulturland müssen dringend besser geschützt werden.» Dabei betrug der Unterschied in der Zustimmung zwischen rechts und rechtsaussen stehenden Personen neun Prozentpunkte (73 vs. 82% Zustimmung).

¹¹ So begründete über ein Viertel besagter Stimmberichtiger ihr Nein u.a. damit, dass die aktuellen Gesetze die Zersiedelung bereits ausreichend bekämpfen. Damit war dieses Motiv auch in der Gruppe derjenigen, die dem Umweltschutz eine höhere Bedeutung beimessen als dem wirtschaftlichen Wohlstand, der meistgenannte Ablehnungsgrund (vgl. [«Die Motive»](#)).

Tabelle 4-2: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	36	841	
Parteisympathie			V = 0.45***
FDP	16	172	+/-5.5
CVP	17	81	+/-8.2
SP	53	151	+/-8.0
SVP	22	135	+/-7.0
GLP	53	35	+/-16.8
Grüne	91	65	+/-7.0
andere Partei	38	44	+/-14.5
keine	34	152	+/-7.6
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.37***
Linksaußen (0-2)	76	60	+/-10.9
Links (3,4)	57	161	+/-7.7
Mitte (5)	30	282	+/-5.4
Rechts (6,7)	18	204	+/-5.2
Rechtsaußen (8-10)	31	106	+/-8.8
Wertehaltung: Umweltschutz vs. wirtschaftlicher Wohlstand			V = 0.33***
Umweltschutz wichtiger	54	357	+/-5.2
Gemischte Wertehaltung	22	350	+/-4.3
Wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger	23	94	+/-8.6
Wertehaltung: Staatseingriffe vs. Wettbewerb			V = 0.23***
Mehr Staatseingriffe	54	163	+/-7.7
Gemischte Wertehaltung	38	348	+/-5.1
Mehr Wettbewerb	23	297	+/-4.8
Vertrauen in die Umweltverbände (0-10)			V = 0.25***
sehr gering bis gering (0-4)	17	127	+/-6.6
mittel (5)	29	134	+/-7.7
hoch (6,7)	37	342	+/-5.1
sehr hoch (8-10)	53	221	+/-6.6
Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft (0-10)			V = 0.22***
sehr gering bis gering (0-4)	59	92	+/-10.1
mittel (5)	46	112	+/-9.3
hoch (6,7)	33	320	+/-5.2
sehr hoch (8-10)	26	298	+/-5.0

Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Dabei konnten die Stimmenden mehrere Gründe nennen. Die genannten Gründe wurden anschliessend anhand eines Codeschemas manuell codiert und zusammengefasst. Die folgenden Tabellen geben an, wie häufig die Gründe als erstes (Erstnennungen bzw. Hauptgrund) und wie häufig sie insgesamt von den Ja- bzw. Nein-Stimmenden (alle Nennungen) genannt wurden.

Die Analyse der **Ja-Motive** (Tabelle 4-3) verdeutlicht den Umstand, dass die Zersiedelungsinitiative für die Ja-Stimmenden durch und durch ein umwelt- und heimatschützerisches Anliegen war. 66 Prozent der Befürworterinnen und Befürworter nannten ein dahingehendes Motiv als Hauptgrund ihres Stimmentscheids.¹² Dabei dominierte die Forderung, dass eine weitere Zersiedelung, Zubetonierung und Überbauung zu stoppen sei. Für 32 Prozent war dies das Hauptmotiv (Erstnennung), während insgesamt 43 Prozent sämtlicher Ja-Stimmenden ein solches als Begründung ihres Stimmentscheids aufführten (alle Nennungen). Ein stärkerer Schutz des Bodens, der Grünflächen und der Landschaft folgte mit 21 Prozent auf Platz zwei aller Erstnennungen. Dabei wurde insbesondere auch das Anliegen genannt, dass das Kulturland für die einheimische Nahrungsmittelproduktion erhalten bleiben müsse. 13 Prozent gaben ein anderes Motiv im Zusammenhang mit dem Umwelt- und Heimatschutz an, bspw., dass eine verdichtete Bauweise gefördert, der Umweltschutz intensiviert oder die Biodiversität geschützt werden müsse.

Für zehn Prozent derjenigen, die die Vorlage angenommen hatten, stand die aus ihrer Sicht ungenügende aktuelle Gesetzgebung im Vordergrund ihres Votums. So monierten viele in dieser Motivgruppe, dass das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG), das 2013 vom Stimmvolk angenommen wurde, zu wenig griffige Massnahmen gegen die Zersiedelung bspw. keine Begrenzung der Bauzonen enthalte, den Gemeinden und Kantonen einen zu grossen Handlungsspielraum lasse oder dass die Bautätigkeit restriktiver gehandhabt werden müsse. Weitere inhaltliche Begründungen wurden nur noch vereinzelt genannt (5% aller Erstnennungen). Diese Kategorie diverser Motive umfasst insbesondere Gründe im Zusammenhang mit der Wirtschaft und mit dem Wohnraum. Unter die wirtschaftlichen Motive fielen bspw. Vorbehalte der Ja-Stimmenden gegenüber einem ungebremsten Wirtschaftswachstum oder eine Ablehnung von Grundstücksspekulationen. Schliesslich begründeten einige Personen ihr Ja zur Zersiedelungsinitiative damit, dass trotz Bauzonen-Stopps noch genügend Wohnraum und Baulandreserven zur Verfügung stünden bzw. dass es zahlreiche leerstehende Wohnungen gebe.

Jede/r zehnte Initiativbefürworter/in nannte ein sehr allgemeines, inhaltsfernes Motiv als Hauptgrund für den Entscheid. Acht Prozent stützten sich in ihrer Begründung auf Empfehlungen von Parteien, Verbänden, Freunden oder Familienangehörigen ab. Verwechslungen, also, dass die eigene Ja-Stimme mit einem Argument gegen die Initiative begründet wurde, kamen praktisch nicht vor. Hingegen vermochten drei Prozent der Ja-Stimmenden ihren Entscheid nicht zu begründen.

¹² In der Romandie nannten gar drei Viertel aller Ja-Stimmenden ein Motiv im Zusammenhang mit dem Umwelt- und Heimatschutz als Hauptgrund ihres Entscheids, während es in der übrigen Schweiz etwas weniger waren (63%).

Tabelle 4-3: Entscheidgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Umwelt- und Heimatschutz	66		106	
Zersiedelung, Zubetonierung, Überbauung stoppen	32	101	43	138
Boden, Grünflächen, Landschaft schützen / erhalten	21	67	37	117
Anderer Bezug zur Umwelt (Verdichtetes Bauen, Umweltschutz, Biodiversität, etc.)	13	41	26	82
Aktuelle Gesetzgebung ungenügend (RPG nicht griffig genug, zu grosser Spielraum der Gemeinden und Kantone, mehr Regulierung / Kontrolle nötig, etc.)	10	30	16	52
Diverse Motive (insb. wirtschaftliche Motive, genügend Wohnraum / Baulandreserven vorhanden)	5	15	12	39
Allgemeines (man muss etwas tun, gute Sache, etc.)	9	30	14	45
Empfehlungen (Parteien, Verbände, Freunde, Familie, etc.)	8	24	13	42
Verwechslungen	1	3	1	4
Weiss nicht / keine Antwort	3	10	3	10
Total	100	319	167	534

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Das wichtigste **Nein-Motiv** betraf mit 29 Prozent aller Erstnennungen die Einschätzung, dass die aktuelle Gesetzgebung zur Bekämpfung der Zersiedelung genüge. In diese Motivgruppe entfielen sämtliche Äusserungen, wonach mit dem revidierten RPG das Problem bereits wirksam bekämpft werde, dass es keinen zusätzlichen Verfassungsartikel brauche oder dass die Zersiedelungsinitiative zum falschen Zeitpunkt komme, da zunächst die Auswirkungen der aktuell laufenden Umsetzung des RPG abzuwarten seien. Insgesamt führte ein Drittel (alle Nennungen) der Nein-Stimmenden ein Motiv im Zusammenhang mit der aktuellen Gesetzgebung als Begründung des ablehnenden Entscheids an.

16 Prozent argumentierten, dass die Zersiedelungsinitiative zu grosse Einschränkungen und Regulierungen verursachen würde. Befragte in dieser Motivgruppe fanden das Einfrieren der Bauzonen auf den heutigen Stand zu restriktiv und die Initiative insgesamt zu starr. Oftmals wurde auch eine grundsätzliche Abneigung gegenüber zusätzlichen Regulierungen kundgetan oder gefordert, dass individuelle Freiheiten erhalten werden sollen. Ein Fünftel aller Nennungen entfiel in diese Kategorie.

Gut jede/r zehnte Nein-Stimmende/r lehnte die Vorlage primär deshalb ab, weil sie nicht praktikabel sei. Dabei wurde der von den Initianten vorgeschlagene gemeinde- und kantonsübergreifende Landtausch¹³ als nicht umsetzbar angeprangert oder es wurde argumentiert, dass die Initiative kontraproduktiv sei und ihr Ziel verfehle. Die mangelnde Praktikabilität wurde allerdings vor allem in der Deutschschweiz als Hauptmotiv gegen die Vorlage vorgebracht, wo elf Prozent ihr ablehnendes Votum dahingehend erklärten. In der italienisch- und französischsprachigen Schweiz wurde dieses Motiv weitaus seltener genannt (7 bzw. 2%).

¹³ Vgl. <https://www.nzz.ch/schweiz/gemeinden-und-kantone-sollen-bauland-abtauschen-ld.1449860>.

Obwohl in der Kampagne des Nein-Lagers prominent vertreten, wurden wirtschaftliche Motive eher selten von Gegnerinnen und Gegnern der Zersiedelungsinitiative als Begründung ihres Stimmentscheids vorgebracht. Lediglich sieben Prozent äusserten ein solches Motiv spontan als Hauptablehnungsgrund. Allerdings nannten es insgesamt immerhin 13 Prozent aller Nein-Stimmenden (alle Nennungen). In dieser Kategorie am häufigsten wurde eines der zentralen Kampagnenargumente genannt: Nämlich, dass bei einem Ja zur Initiative die Mieten und Grundstückpreise steigen würden. Für drei Prozent der befragten Initiativgegner war dies der Hauptgrund für ihren Entscheid.

Ein weiteres Kernargument des Gegenkomitees lautete, dass die Zersiedelungsinitiative keine Rücksicht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse zwischen den Regionen nehme und Raumplanung Sache der Gemeinden und Kantone bleiben solle. Solche föderalistischen Gründe waren für weitere sieben Prozent zentral für ihren Nein-Entscheid. Insgesamt berief sich jede/r zehnte/r auf ein diesbezügliches Motiv (alle Nennungen). Diverse inhaltliche Motive wurden seltener als Hauptgrund des Stimmentscheids genannt (4% der Erstnennungen). In dieser Motivgruppe wurden bspw. Argumente, wonach eine Annahme der Initiative dazu führe, dass es in Zukunft zu wenig Wohnraum gebe, oder eine grundsätzliche Abneigung gegenüber einer verdichteten Bauweise zusammengefasst.

Mit zwölf Prozent aller Erstnennungen und 18 Prozent aller Nennungen ist der Anteil derjenigen, die ihren Stimmentscheid mit sehr allgemeinen, inhaltsfernen Motiven begründeten unter den Nein-Stimmenden leicht höher als unter den Ja-Stimmenden. Bei den Empfehlungen zeigt sich ein ähnliches Bild: Jede/r zehnte Initiativgegner/in orientierte sich an der Meinung des Bundesrates, von Parteien oder nahestehenden Personen. Vier Prozent der Stimmenden wollten offensichtlich Ja zur Zersiedelungsinitiative stimmen, legten aber irrtümlicherweise ein Nein ein.¹⁴ Dieser Anteil ist auf der Nein-Seite höher als auf der Ja-Seite. Schliesslich konnten oder wollten drei Prozent ihre Ablehnung der Vorlage nicht begründen.

¹⁴ Als Illustration solcher Verwechslungen seien folgende Beispiele genannt: «In der Schweiz ist schon genug gebaut worden. Es soll einen Stopp geben, da wir ansonsten nur noch Häuser und keine Grünflächen mehr haben.», «Si on laisse faire, on n'aura plus de paysage et de terrain agricole.» oder «Troppe case vengono costruite per nulla».

Tabelle 4-4: Entscheidgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Aktuelle Gesetzgebung genügt (RPG genügt zur Bekämpfung der Zersiedelung, gehört nicht in die Verfassung, zuerst Umsetzung des RPG abwarten, etc.)	29	153	34	179
Zu grosse Einschränkung / Regulierung (Einfrieren der Bauzonen ist zu restriktiv, gegen zusätzliche Regulierungen, Freiheiten erhalten, etc.)	16	82	20	102
Praktikabilität (Landtausch zw. Gemeinden nicht praktikabel, Umsetzung schwierig, kontraproduktiv, Ziel wird verfehlt, etc.)	9	47	12	65
Wirtschaftliche Motive (steigende Mieten und Grundstückpreise, schadet wirtschaftlicher Entwicklung, etc.)	7	34	13	70
Föderalismus (Raumplanung ist Sache der Gemeinden und Kantone, unterschiedliche Bedürfnisse zw. Regionen, etc.)	7	34	10	53
Diverse Motive (insb. zu wenig Wohnraum / Baulandreserven, gegen verdichtetes Bauen)	4	21	10	51
Allgemeines (mag ich nicht, bringt nichts, etc.)	12	64	18	94
Empfehlungen (Bundesrat, Parteien, andere)	10	52	16	85
Verwechslungen	4	19	5	28
Weiss nicht / keine Antwort	3	15	3	15
Total	100	522	142	744

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb hier höher als 100 Prozent.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden je drei Pro- und Kontra-Argumente zur Zersiedelungsinitiative vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten (Tabelle 4-5). Relevant für die Analyse dieser Argumente war nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalteten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Analyse der Argumente zeigt auf, dass die Anliegen der Zersiedelungsinitiative trotz deren deutlichen Ablehnung an der Urne in der Stimmbevölkerung auf grosse Sympathien stiessen. Sämtliche abgefragten **Pro-Argumente** fanden bei den Abstimmungsteilnehmenden eine deutliche Mehrheit. Mehr noch: Sogar diejenigen Personen, welche am 10. Februar ein *Nein* zur Zersiedelungsinitiative einlegten, stimmten den Kernanliegen der Initiative grossmehrheitlich zu.

Die Forderung, wonach mehr verdichtet gebaut werden soll, anstatt immer mehr Grünflächen zu opfern, unterstützten vier von fünf Stimmenden. Selbst unter den Nein-Stimmenden widersprach lediglich eine Minderheit von einem Viertel diesem Pro-Argument. Noch grösseren Zuspruch erfuhr das Argument, wonach die schöne Schweizer Landschaft und das Kulturland dringend eines besseren Schutzes bedürfen. 84 Prozent der Abstimmungsteilnehmenden unterstützten dieses Argument. Unter den Ja-Stimmenden forderten rekordhohe 97 Prozent einen besseren Schutz des Kulturlandes, während es bei den Nein-Stimmenden drei Viertel waren. Das Argument, wonach die Schweiz genügend Baulandreserven habe und es auch in Zukunft genügend Wohnraum für alle gebe, stiess in beiden Lagern auf etwas geringeren Anklang. Dennoch stimmten ihm insgesamt 61 Prozent aller Urnengängerinnen und Urnen-gänger zu (66% der Ja- und 58% der Nein-Stimmenden).

Bis auf eine Ausnahme fanden die abgefragten Pro-Argumente von links- bis rechtsaussen, in allen Parteianhängerschaften und Sprachregionen sowie in sämtlichen Alters-, Einkommens- und Bildungsklassen überwiegend Zuspruch. Einzig in der Gruppe der 30- bis 39-jährigen Stimmenden wurde das Argument, wonach die Schweiz noch genügend Baulandreserven habe und es auch in Zukunft Wohnraum für alle gebe, kritischer beurteilt und von einer Mehrheit von 58 Prozent abgelehnt. Tendenziell waren FDP-, CVP- und SVP-Sympathisierende kritischer gegenüber den Pro-Argumenten eingestellt als die Anhängerschaften der SP, GLP und Grünen. Dennoch stimmten auch erstere sämtlichen getesteten Argumenten der Initiantinnen und Initianten grossmehrheitlich zu.

Warum wurde die Zersiedelungsinitiative abgelehnt, wenn doch deren Pro-Argumente im Stimmvolk auf derart grossen Zuspruch stiessen? Aufschluss darüber liefert eine genauere Betrachtung der im vorangegangenen Kapitel diskutierten Begründungen des Stimmentscheids. Beim Vergleich der Nein-Stimmenden, welche den Pro-Argumenten der Initiative zustimmten, mit denjenigen, die sie ablehnten, kann Folgendes festgehalten werden: Als Hauptgrund ihres Entscheids nannten diejenigen, welche die Pro-Argumente guthiessen, dass das revidierte Raumplanungsgesetz die Zersiedelung bereits wirksam bekämpfe und dass die Initiative daher unnötig sei. Dieses Motiv rangierte bei Nein-Stimmenden, welche die Pro-Argumente der Initiative ablehnten, zwar ebenfalls an erster Stelle der spontan geäusserten Hauptgründe, wurde aber deutlich seltener genannt. Dagegen begründete diese Gruppe im Vergleich zu ersterer ihren Nein-Entscheid viel häufiger damit, dass die Initiative zu starr sei sowie zu viele Einschränkungen und Restriktionen mit sich bringe. Insgesamt stimmten 80 bis 85 Prozent der Nein-Stimmenden, die sich für ein Pro-Argument der Initiative aussprachen, gleichzeitig auch dem ersten Kontra-Argument zu, wonach das revidierte Raumplanungsgesetz genüge, um die Zersiedelung zu bekämpfen.¹⁵

Kurz: Obwohl überwiegende Mehrheiten aus (nahezu) allen soziodemographischen und politischen Merkmalsgruppen die grundlegenden Initiativforderungen nach mehr verdichtetem Bauen sowie einem stärkeren Schutz des Kulturlandes unterstützten und zudem der Ansicht waren, dass trotz Bauzonen-Stopp genügend Baulandreserven und Wohnraum für die Zukunft vorhanden seien, scheiterte die Vorlage deutlich. Die Nein-Stimmenden sahen in der fortschreitenden Zersiedelung ebenso sehr ein Problem wie die Ja-Stimmenden. Allerdings war die Zersiedelungsinitiative in den Augen ersterer kein geeigneter Ansatz zur Problemlösung. Ihr Nein-Votum kam insbesondere deshalb zustande, weil sie der Überzeugung waren, dass die Zersiedelung durch die Umsetzung des revidierten Raumplanungsgesetzes bereits effizient bekämpft werde.

¹⁵ Die Jungen Grünen hatten insbesondere auch auf Stimmen der «konservativen Heimatschützer» gehofft. Es zeigt sich aber, dass Personen, welche die Schweizer Landschaft und das Kulturland dringend besser schützen wollen und sich rechts der politischen Mitte einordnen, also diejenigen, die am ehesten als «konservative Heimatschützer» bezeichnet werden können, die Vorlage mit 73 Prozent Nein-Stimmenanteil wuchtig verworfen. Mit knapp einem Drittel aller Erstnennungen rangierte auch in dieser Gruppe das Motiv, wonach die bestehende Gesetzeslage zur Zersiedelungsbekämpfung ausreiche, an erster Stelle der Ablehnungsgründe.

Tabelle 4-5: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Anstatt immer mehr Grünflächen zu opfern, soll mehr verdichtet gebaut werden.“	Total	78	21	1
	Ja-Stimmende	86	13	1
	Nein-Stimmende	73	26	1
„Die schöne Schweizer Landschaft und das Kulturland müssen dringend besser geschützt werden.“	Total	84	16	<1
	Ja-Stimmende	97	3	0
	Nein-Stimmende	76	23	1
„Die Schweiz hat genügend Baulandreserven. Es gibt auch in Zukunft Wohnraum für alle.“	Total	61	35	4
	Ja-Stimmende	66	30	4
	Nein-Stimmende	58	37	5
Kontra-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Das revidierte Raumplanungsgesetz genügt, um die Zersiedelung zu bekämpfen.“	Total	66	27	7
	Ja-Stimmende	38	52	10
	Nein-Stimmende	82	12	6
„Das Einfrieren der Bauzonen führt nur dazu, dass die Grundstückpreise und die Mieten steigen.“	Total	58	34	7
	Ja-Stimmende	38	51	11
	Nein-Stimmende	70	25	5
„Ein starrer Bauzonen-Stopp bestraft ausgerechnet diejenigen Kantone und Gemeinden, die in der Vergangenheit haushälterisch mit ihrem Boden umgegangen sind. Das ist ungerecht.“	Total	62	28	10
	Ja-Stimmende	41	48	11
	Nein-Stimmende	74	17	8

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Lesebeispiel zum ersten Argument: 78 % aller Stimmenden (sowie 86 % aller Ja-Stimmenden bzw. 73 % aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument, wonach anstatt immer mehr Grünflächen zu opfern, mehr verdichtet gebaut werden sollte, bei. 21 % aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 1 % antworteten mit «Weiss nicht». Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. N für alle Argumente Total 841, Ja-Stimmende 319, Nein-Stimmende 522.

Im Gegensatz zu den Pro-Argumenten spalteten die getesteten **Kontra-Argumente** die Stimmenden deutlich. Den grössten Zuspruch unter den Kontra-Argumenten fand dasjenige, wonach das revidierte Raumplanungsgesetz genüge, um die Zersiedelung zu bekämpfen.¹⁶ Zwei Drittel aller Urnengängerinnen und Urnengänger zeigten sich damit einverstanden. Unter den Initiativbefürwortenden sprach sich nur eine knappe Mehrheit (52%) gegen das Argument aus. Bei den Nein-Stimmenden war die Zustimmung mit 82 Prozent dagegen überaus hoch. Interessanterweise stimmten alle Parteianhängerschaften diesem Kontra-Argument mehrheitlich zu. Mit 83 Prozent war der Zuspruch unter CVP-Anhängerinnen und –Anhängern am stärksten. Sympathisierende der SP und der GLP waren knapp mehrheitlich der Meinung, dass das revidierte RPG zur Zersiedelungsbekämpfung ausreiche. Dies erklärt unter anderem die tiefe Gespaltenheit innerhalb dieser beiden Parteianhängerschaften (s. oben). Sogar in der Anhängerschaft der Grünen pflichtete eine – wenn auch knappe – Mehrheit diesem Argument bei (51% Zustimmung vs. 41% Ablehnung, 8% «Weiss nicht»). Einzig Personen, die sich im politischen Spektrum ganz linksaußen verorten, erklärten sich mehrheitlich nicht damit einverstanden (54% Ablehnung).

¹⁶ Dies war ausserdem das Argument mit der grössten Schlagkraft. In einem multivariaten Modell, das die relative Einflussstärke aller Argumente gleichzeitig testet, zeigte sich, dass die Bewertung der Aussage, das revidierte Raumplanungsgesetz genüge zur Zersiedelungsbekämpfung, den stärksten Effekt auf den Stimmentscheid ausübte.

In der Abstimmungskampagne argumentierte die Initiativgegnerschaft, dass Grundstückpreise und Mieten steigen würden, wenn die Bauzonen auf den Stand von heute eingefroren würden. Diese Befürchtung teilten 58 Prozent aller Stimmenden und sieben von zehn Personen, die ein Nein in die Urne legten. Unter den Befürwortenden war lediglich eine knappe Mehrheit (51%) nicht mit dem Argument einverstanden. Bei der Bewertung dieser Frage tief gespalten war die Anhängerschaft der SP: Je 43 Prozent beurteilten es als glaubwürdig bzw. unglaubwürdig (14% «Weiss nicht»). Knappe Mehrheiten gegen das Argument fanden sich unter Sympathisierenden der GLP und der Grünen (je 54% Ablehnung), während jeweils mehr als zwei Drittel der Anhängerschaften der CVP, FDP und SVP die Befürchtung vor steigenden Miet- und Bodenpreisen teilten.

Während des Abstimmungskampfes wurde auch darüber diskutiert, ob die Zersiedelungsinitiative die «Falschen» treffe. Die Initiativgegnerschaft wies darauf hin, dass ein Bauzonen-Stopp ausgerechnet diejenigen Kantone und Gemeinden bestrafe, die in der Vergangenheit haushälterisch mit ihrem Boden umgegangen sind und nur zurückhaltend Bauland eingezont haben sowie diejenigen, die das revidierte RPG bereits umgesetzt und dabei zu grosse Bauzonen zurückgezont haben. Dies sei ungerecht, da die betroffenen Kantone und Gemeinden bei einer Initiativannahme nur noch wenig Baulandreserven zur Verfügung haben würden. 62 Prozent aller Stimmenden sahen dies ebenso. Unter den Ja-Stimmenden waren es allerdings nur vier von zehn Bürgerinnen und Bürger, während drei von vier Nein-Stimmenden dem Ungerechtigkeits-Argument beipflichteten. Selbst die Anhängerschaft der Grünen, die sich ansonsten ohne Einschränkungen hinter das Begehr von ihrer Jungpartei stellte, wollte diesem Kontra-Argument eine gewisse Richtigkeit nicht absprechen (35% Zustimmung). Diese bekundete zudem die grösste Mühe, das Argument zu bewerten (14% «Weiss nicht»). Im Vergleich zu den Pro-Argumenten fiel die Bewertung der Kontra-Argumente den Stimmenden insgesamt schwerer. Insbesondere den Ja-Stimmenden bereiteten letztere öfter Kopfzerbrechen, was am Umstand abzulesen ist, dass jede/r Zehnte nicht wusste, ob er oder sie dem Kontra-Argument zustimmen soll oder nicht.

Anhang

Die vorliegende Analyse beruht auf der VOTO-Nachbefragung zum eidgenössischen Urnengang vom 10. Februar 2019, welche im Auftrag der Bundeskanzlei vom Forschungszentrum FORS in Lausanne, dem Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) und dem Forschungsinstitut LINK durchgeführt wurde. Verantwortlich für die Entwicklung und Übersetzung des Fragebogens waren FORS und das ZDA gemeinsam. Durchgeführt wurde die Befragung zwischen dem 12. Februar und dem 26. Februar 2019 von LINK. Für die Datenanalyse und den Bericht war FORS unter der Mitarbeit des ZDA zuständig.

Die Datenerhebung

Der Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS) bildete den Auswahlrahmen für die vorliegende Erhebung. Das SRPH baut auf den amtlichen Personenregistern auf, deren Daten im Rahmen des neuen Volkszählungssystems an das BFS geliefert und quartalsweise aufdatiert werden. Dadurch wird eine lückenlose Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberchtigte) gewährleistet. Die Grundgesamtheit aller Schweizer Stimmberchtigte wurde anschliessend in drei sprachregionale Schichten unterteilt, aus denen jeweils voneinander unabhängige Zufallsstichproben gezogen wurden. Die Gesamtstichprobe schliesslich ist disproportional geschichtet. Das heisst, dass die einzelnen Stichprobenschichten nicht proportional zu ihrer Verteilung in der Grundgesamtheit ausgewählt wurden. Die italienische und die französischsprachige Schweiz sind im Gesamtsample überproportional stark vertreten. Dies deshalb, um statistisch verlässliche Aussagen zum Stimmverhalten der beiden erwähnten kleineren Sprachregionen gewährleisten zu können. Für gesamtschweizerische Auswertungen wurde deshalb stets eine entsprechende Designgewichtung verwendet (siehe dazu den Abschnitt zur Gewichtung).

Die Stichprobe umfasst insgesamt 1'517 Befragte, wovon 52 Prozent aus der Deutschschweiz (n=790), 26 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=401) und 22 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=326) stammen. Die mittlere Befragungsdauer betrug 20.7 Minuten.

Tabelle 0-1: Ausschöpfung der Adressen

	Anzahl	in %	in % gültiger Tel.nr.
Aktivierte konsolidierte Adressen (abzüglich Verstorbene, ins Ausland Verzogene)	5054	100	
Unbekannt, ob zur Stichprobe gehörend (keine Telefonnummer, Nummer ungültig, Person unbekannt oder verzogen, Anrufbeantworter, Postretour, etc.)	1974	39	
Total Adressen mit gültiger Tel.nr.	3080	61	100
Nicht erreicht (<i>non contact</i>)	792	16	26
Kontakt hergestellt	2288	45	74
Verweigerung, Gesundheitsprobleme, nach Kontakt nicht mehr erreicht, etc.	771	15	25
Total Interviews	1517	30	49

Zur Struktur der Stichprobe

Die am Urnengang Teilnehmenden sind in der einzig nach Design gewichteten Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+23.1 Prozentpunkte) bewegt sich aber im gewohnten Rahmen. Die Abweichung zwischen designgewichteter Stichprobe und effektivem Resultat betrug beim materiellen Stimmenscheid zur Zersiedelungsinitiative +0.5 Prozentpunkte.

Zur Gewichtung

In einem ersten Schritt wurde eine Designgewichtung gebildet, um die designbedingte Verzerrung (d.h. die bewusste, disproportionale Schichtung nach Sprachregionen) zu korrigieren. In einem zweiten Schritt wurde sodann eine Non-Response-Gewichtung vorgenommen, um die nicht-zufällige Verteilung der Respondenten und Respondentinnen auszugleichen. Dabei wurden die beiden Hauptgründe für Non-Response, Nicht-Erreichbarkeit während der Feldzeit und Verweigerung nach einem Kontakt, unterschieden. Diese Unterscheidung empfiehlt sich, weil die Ursachen für die beiden Hauptgründe von Non-Response häufig entgegengesetzt sind: Nicht Erreichbare sind beruflich und sozial oft aktiv, jünger und stammen aus kleineren Haushalten. Verweigerer zeichnen sich oft durch eine geringere Aktivität aus und partizipieren politisch auch weniger. Eine aggregierte Non-Response-Gewichtung würde diesen Unterschieden nicht gerecht werden. Wir schätzten deshalb mittels einer logistischen Regression zuerst die Wahrscheinlichkeit, kontaktiert zu werden. Basierend auf dieser Schätzung wird das Kontaktgewicht (Propensity-Gewichtung) berechnet. Im zweiten Schritt wird für die Kontaktierten unter Verwendung desselben Verfahrens die Wahrscheinlichkeit geschätzt, zu kooperieren. Bei beiden Modellen werden sozio-demographische Variablen aus dem Register sowie über die Stichprobenmitglieder während der Befragung gesammelte Informationen (wie die Anzahl erfolgloser Kontaktversuche) verwendet. In die Schätzung der Kontaktierbarkeit fliesst neben dem Designgewicht und der Erreichbarkeit die Information ein, ob ein Festnetztelefon vorhanden ist oder nicht. Auch die Wahrscheinlichkeit, ein Festnetztelefon zu besitzen, wird mittels einer logistischen Regression mit Hilfe der sozio-demographischen Variablen aus dem Register berechnet. Die Multiplikation von Kontakt- und Kooperationsgewicht und Normierung ergeben sodann das Non-Response-Gewicht. Im letzten Schritt wird dieses Gewicht für Respondenten und Respondentinnen noch an die tatsächliche Abstimmungsbeteiligung und den tatsächlichen Stimmenscheid angepasst (Kalibrierung).

Zur Inferenz

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. Im vorliegenden Bericht wurde jeweils das 95%-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses Intervall gibt die Bandbreite (doppelter Stichprobenfehler) an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt. Das Konfidenzintervall ist dabei vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 Prozent Ja-Stimmen und 50 Prozent Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Stichprobenfehler +/-3.1 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95%-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.9 und 53.1 Prozent (Konfidenzintervall) liegen. Dieser Zufallsfehler erhöht sich indessen mit abnehmender Befragtenzahl nach dem Wurzel-n-Gesetz (d.h. der Stichprobenfehler verändert sich umgekehrt proportional zur Quadratwurzel der Stichprobengrösse). Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Stichprobenfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Bei der Analyse des Stimmenscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Tabellen

Tabelle 0-2: Beteiligung am Urnengang vom 10. Februar 2019 nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten (gewichtete Resultate))

Merkmale	Stimmbeteiligung (%)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	38	1517	
Geschlecht			V = 0.09**
Männer	43	739	+/-3.6
Frauen	34	778	+/-3.3
Total	38	1517	
Alter			V = 0.22***
18-29 Jahre	25	184	+/-6.3
30-39 Jahre	27	119	+/-8.0
40-49 Jahre	27	226	+/-5.8
50-59 Jahre	45	292	+/-5.7
60-69 Jahre	45	303	+/-5.6
70 Jahre und älter	51	393	+/-4.9
Total	38	1517	
Äquivalenzeinkommen			V = 0.17***
1. Quartil (bis 3'250 CHF)	28	362	+/-4.7
2. Quartil (3'251-4'750 CHF)	37	331	+/-5.2
3. Quartil (4'751-6'720 CHF)	44	302	+/-5.6
4. Quartil (>6'721 CHF)	51	308	+/-5.6
Total	39	1303	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.20***
Ohne nachobligatorische Bildung	25	181	+/-6.3
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	31	626	+/-3.6
Maturität/höhere Berufsbildung	45	319	+/-5.5
Fachhochschule/Uni/ETH	52	388	+/-5.0
Total	38	1514	
Erwerbsstatus			V = 0.17***
Selbstständig	41	116	+/-9.0
Angestellt	35	653	+/-3.7
Andere Erwerbspersonen	23	71	+/-9.9
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	28	62	+/-11.3
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	49	496	+/-4.4
Hausfrau/Hausmann	27	101	+/-8.7
Andere Nicht-Erwerbspersonen	33	18	+/-22.4
Total	38	1517	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.12**
Linksaußen (0-2)	46	94	+/-10.1
Links (3,4)	42	270	+/-5.9
Mitte (5)	33	559	+/-3.9
Rechts (6,7)	44	323	+/-5.4
Rechtsaußen (8-10)	49	155	+/-7.9
Total	40	1401	
Parteisympathie			V = 0.16***
FDP	51	256	+/-6.1
CVP	38	140	+/-8.1
SP	41	256	+/-6.0
SVP	39	231	+/-6.3
GLP	53	47	+/-14.4
Grüne	42	109	+/-9.3
andere Partei	42	85	+/-10.5
keine	28	349	+/-4.7
Total	39	1473	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.14***
sehr gering bis gering (0-4)	22	128	+/-7.2
mittel (5)	34	159	+/-7.4
hoch (6,7)	38	493	+/-4.3
sehr hoch (8-10)	44	717	+/-3.6
Total	38	1497	
Politisches Interesse			V = 0.36***
sehr interessiert	63	304	+/-5.4
eher interessiert	45	745	+/-3.6
eher nicht interessiert	21	322	+/-4.4
überhaupt nicht interessiert	8	136	+/-4.5
Total	38	1507	

Tabelle 0-3: Ja-Stimmenanteil zur Zersiedelungsinitiative nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	36	841	
Geschlecht			V = 0.09*
Männer	32	453	+/-4.3
Frauen	41	388	+/-4.9
Total	36	841	
Alter			V = n.s.
18-29 Jahre	36	74	+/-11.0
30-39 Jahre	37	51	+/-13.3
40-49 Jahre	39	103	+/-9.5
50-59 Jahre	37	176	+/-7.1
60-69 Jahre	35	184	+/-6.9
70 Jahre und älter	36	253	+/-5.9
Total	36	841	
Äquivalenzeinkommen			V = n.s.
1. Quartil (bis 3'250 CHF)	36	176	+/-7.1
2. Quartil (3'251-4'750 CHF)	39	173	+/-7.3
3. Quartil (4'751-6'720 CHF)	42	190	+/-7.0
4. Quartil (>6'721 CHF)	32	209	+/-6.3
Total	37	748	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = n.s.
Ohne nachobligatorische Bildung	30	68	+/-11.0
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	34	311	+/-5.3
Maturität/höhere Berufsbildung	37	192	+/-6.9
Fachhochschule/Uni/ETH	40	268	+/-5.9
Total	36	839	
Erwerbsstatus			V = n.s.
Selbstständig	29	65	+/-11.1
Angestellt	36	349	+/-5.0
Andere Erwerbspersonen	35	27	+/-18.4
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	48	28	+/-18.8
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	38	319	+/-5.3
Hausfrau/Hausmann	30	45	+/-13.5
Andere Nicht-Erwerbspersonen	69	8	+/-34.4
Total	36	841	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.37***
Linksaußen (0-2)	76	60	+/-10.9
Links (3,4)	57	161	+/-7.7
Mitte (5)	30	282	+/-5.4
Rechts (6,7)	18	204	+/-5.2
Rechtsaußen (8-10)	31	106	+/-8.8
Total	36	813	
Parteisympathie			V = 0.45***
FDP	16	172	+/-5.5
CVP	17	81	+/-8.2
SP	53	151	+/-8.0
SVP	22	135	+/-7.0
GLP	53	35	+/-16.8
Grüne	91	65	+/-7.0
andere Partei	38	44	+/-14.5
keine	34	152	+/-7.6
Total	36	835	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = n.s.
sehr gering bis gering (0-4)	44	51	+/-13.8
mittel (5)	48	85	+/-10.7
hoch (6,7)	36	273	+/-5.7
sehr hoch (8-10)	33	430	+/-4.5
Total	36	839	
Politisches Interesse			V = 0.11*
sehr interessiert	44	239	+/-6.3
eher interessiert	34	466	+/-4.3
eher nicht interessiert	32	114	+/-8.6
überhaupt nicht interessiert	19	17	+/-19.2
Total	36	836	